

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesrätinnen Simone Jagl, Claudia Hauschmidt-Buschberger, Elisabeth Kittl

## **betreffend Energiegesetze vorlegen und leistbare Preise sichern**

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 15. Oktober 2025 betreffend ein Bundesgesetz über die befristete Gewährung von Förderungen zum Ausgleich des Anstiegs der Strompreise infolge der Einbeziehung der Kosten von Treibhausgasemissionen aus dem europäischen Emissionshandel für die Jahre 2025 und 2026 (Standortabsicherungsgesetz 2025 – SAG 2025)  
(460/A und 220 d.B. sowie 11692/BR d.B.) (TOP 7)

## **BEGRÜNDUNG**

Der Strompreis ist in Österreich im Jahresdurchschnitt pro Megawattstunde um rund acht Euro teurer als in Deutschland, berichtet der APG-Vorstand Gerhard Christiner aktuell in einem Interview<sup>1</sup>. Die Inflation lag laut Schnellschätzung der Statistik Austria im August bei 4,1 Prozent, der Bereich Energie ist mit 5,9 Prozent Zuwachs besonders deutlich angestiegen<sup>2</sup>. Die höheren Strompreise belasten Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Während die Regierung mit dem SAG nun eine Entlastungsmaßnahme für die Industrie setzt, warten Bürger:innen und KMUs weiterhin auf die dringend notwendigen Energiegesetze.

Die Bundesregierung ist in der Pflicht, wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen, um die Stromkosten zu begrenzen und die Versorgung mit erneuerbarer Energie sicherzustellen. Ein großer Hebel liegt bei den ausstehenden Energiegesetzen. Werden sie rasch und klug umgesetzt, bringt das mehr heimische Stromproduktion, mehr Unabhängigkeit und am Ende auch mehr Klimaschutz.

Durch einen klugen Einsatz von Speichern, mehr Transparenz im Stromnetz, bundesweit koordinierte Netzplanung und intelligente Steuerung von Geräten im Haushalt können die Kosten für den Netzausbau deutlich gesenkt und somit die Kosten für alle Haushalte und Betriebe reduziert werden. Eine aktuelle Studie aus Deutschland kommt zum Ergebnis, dass durch eine smarte Abstimmung von PV-Anlagen, Wärmepumpen, Batteriespeicher und E-Autos hohe Wertschöpfung generiert und die Effizienz im Stromsystem massiv erhöht werden kann. Für Haushalte

<sup>1</sup> <https://kurier.at/politik/inland/apg-chef-gerhard-christiner-haben-oesterreich-aufschlag-bei-energie/403092156>

<sup>2</sup> <https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/20054222/warum-in-oesterreich-die-preise-wieder-so-stark-steigen>

und für den Staat bedeutet das Kosteneinsparungen und 255 Milliarden Euro Mehrwert bei der Energiewende für Deutschland bis 2045<sup>3</sup>.

- Um diese Möglichkeiten in Österreich nutzen zu können, muss das **Elektrizitätswirtschaftsgesetz** (EIWG) rasch so umgesetzt werden, dass Investitionen abgesichert und der Ausbau von Erneuerbaren, Netzen und Speichern beschleunigt wird.
- Genauso dringend ist der Beschluss des **Erneuerbaren Ausbau Beschleunigungsgesetzes** (EABG) für die Umsetzung des Österreichischen Netzinfrastrukturplans und den schnellen Ausbau von Windkraft- und PV-Anlagen, um bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen.
- Um die Transformation der Industrie sicherzustellen, muss in Österreich vermehrt Biomethan und erneuerbarer Wasserstoff produziert werden, dafür braucht es ein praxistaugliches und ambitioniertes **Erneuerbare Gase Gesetz** (EGG).

Alle diese Gesetze wurden in der letzten Legislaturperiode vom Klimaschutzministerium (BMK) bereits erarbeitet und intensiv mit Stakeholdern abgestimmt. Die Beschlussfassung ist jedoch an der Blockade von entweder ÖVP oder SPÖ gescheitert. Die aktuelle Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm die Umsetzung bis Sommer 2025 festgelegt. Doch bisher gibt es für keines der Gesetze eine Regierungsvorlage. Die Regierung muss nun statt Ankündigungen endlich sinnvolle Gesetze vorlegen.

Diese Gesetze sind entscheidend für ein effizientes und leistbares Stromsystem. Der Ausbau der Erneuerbaren senkt mittelfristig die Erzeugungskosten und damit die Strompreise. Je schneller erneuerbare Kapazitäten und die notwendigen Netze sowie Speicher installiert sind, desto früher reduziert sich die Abhängigkeit von teurem fossilem Strom und Gaseinfuhren. Verzögerungen führen hingegen zu zusätzlichen Opportunitätskosten, Verteuerung von Projekten und Wettbewerbsnachteilen bei Investitionen.

Rasche Investitionen in die öffentliche **Netzinfrastruktur** sind unabdingbar und müssen zukunftssicher finanziert werden. Ein oft genanntes Instrument zur zusätzlichen Finanzierung des Netzausbaus ist ein Infrastrukturfonds. Der Fonds soll Kapital zu günstigen Konditionen bereitstellen. Der Verband Erneuerbare Energie Österreich hat dazu 2024 eine Studie mit verschiedenen Optionen veröffentlicht<sup>4</sup>. Um das Ziel Klimaneutralität 2040 zu erreichen, darf die Finanzierung des Netzausbaus keinesfalls den Ausbau der Erneuerbaren gefährden. Statt undifferenzierte Belastungen von Einspeisern, die Investitionsanreize in Erneuerbare Energie und

<sup>3</sup> <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-unternehmen-sehen-nutzen-von-255-milliarden-euro-durch-energiewende/100157085.html>

<sup>4</sup> <https://www.erneuerbare-energie.at/presseaussendungen/2024/6/3/energiewende-dachverband-erneuerbare-energie-prsentiert-infrastrukturfonds-energie-zur-nachhaltigen-finanzierung-des-netzausbaus>

Speicher abschwächen und die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Energieunternehmen gefährden, muss die Bundesregierung die Finanzierung des Netzausbaus zukunftsfähig gestalten. Alternative Quellen wie die Mobilisierung privaten Kapitals, die Dotierung aus abgeschöpften Übergewinnen der Landesenergieversorger oder aus einer Abgabe auf lange abgeschriebene Kraftwerke sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Netzausbaus leisten.

Viele Landesenergieversorger haben in den vergangenen Jahren hohe Gewinne eingefahren. Laut Analyse vom August 2025 haben sie im Jahr 2024 2,6 Milliarden Euro **Überwinne** geschrieben. Im Schnitt lagen die Gewinne der **Landesenergieversorger** vor der Energiekrise (2018-2021) bei rund einer Milliarde Euro. Innerhalb der letzten drei Jahre haben die neun Unternehmen insgesamt 3,4 Milliarden Euro an Übergewinnen verzeichnet<sup>5</sup>. Die VERBUND AG verzeichnete seit dem Jahr 2022 insgesamt 3,8 Milliarden Euro Übergewinne. Diese Stromkonzerne, die sich überwiegend in öffentlicher Hand befinden, müssen jetzt dazu beitragen, die Kosten für Bürger:innen und Unternehmen zu senken und einen Beitrag zum Infrastrukturfonds leisten. Die Eigentümervertreter der Energieversorgungsunternehmen müssen jetzt ihre Aufgabe ausüben und sich für leistbare Strompreise für die Menschen in Österreich einsetzen. Auch Fiskalratspräsident Christoph Badelt hat in einem Interview kürzlich vorgeschlagen, die Stromanbieter in öffentlicher Hand in die Verantwortung zu nehmen<sup>6</sup>.

Zudem fordern BWB und E-Control in ihrer umfangreichen Analyse eine Entflechtung der Energiekonzerne. Aktuell führen die Marktkonzentration der lokalen Energieanbieter im eigenen Netzgebiet und die durch öffentliches Eigentum dominierte Struktur der österreichischen Energiewirtschaft dazu, dass es kaum Wettbewerbsanreize gibt. Die Regierung muss die Entflechtungsvorschriften entsprechend den Empfehlungen der BWB verschärfen und Energieversorger im öffentlichen Besitz dazu verpflichten, in ganz Österreich Angebote zu machen.

Jede Verzögerung bei Inflationsbekämpfung, Gesetzesbeschlüssen oder Netzinvestitionen erhöht die Kosten für Bürger:innen, Unternehmen und öffentliche Haushalte. Ein entschlossener Schritt jetzt – mit stabiler, zukunftsfähiger Infrastruktur – leistet einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und ökologischen Verantwortung.

<sup>5</sup> [https://www.momentum-institut.at/publikation/landesenergieversorger-report-erneut-massive-uebergewinne/?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.momentum-institut.at/publikation/landesenergieversorger-report-erneut-massive-uebergewinne/?utm_source=chatgpt.com)

<sup>6</sup> <https://on.orf.at/video/14293551/zib-2-vom-01102025>

Die unterfertigenden Bundesrätinnen stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG**

*Der Bundesrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, wird aufgefordert, umgehend ein Reformpaket mit folgenden Punkten vorzulegen:

- die drei ausstehenden Energiegesetze vorlegen,
- den Infrastrukturfonds zum Stromnetzausbau schaffen,
- die Entflechtungsvorschriften für Energieversorger im öffentlichen Besitz verschärfen.“

  
Barbara Baer-Kruse

  
Simone Jägl